



Jeder Achte! Über 65.000 Dresdner arm oder armutsgefährdet



In vielen Städten in Deutschland ist Armut öffentlich sichtbar. Aber auch die verdeckte Armut ist in den vergangenen Jahren beträchtlich in Deutschland gestiegen: Durch Niedriglöhne, miese Renten und wachsende soziale Ungleichheit.
Foto: Marlit Hartkopf / pixelio.de

von Max Kretschmar

Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Deutschland ist aber auch ein von Ungleichheit geprägtes Land – dies betrifft insbesondere Vermögen und Einkommen. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Demgegenüber verfügt die untere Hälfte der Bevölkerung lediglich über einen Anteil von einem Prozent am Nettovermögen. Weiterhin haben die unteren 40 Prozent der Beschäftigten im Jahr 2015 real weniger verdient als in den 90er Jahren.

LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach sagt dazu: „Deutschland ist sozial gespalten. Es gibt eine erhebliche Ungerechtigkeit zu beklagen. Viele Menschen sind zu Recht unzufrieden mit dieser Situation.“ Er wollte wissen, wie sich die Situation in Dresden darstellt und stellte dazu eine schriftliche

Anfrage an Oberbürgermeister Dirk Hilbert. Nun liegt die Antwort vor. Danach leben in Dresden aktuell 65.700 Menschen in Haushalten, die als arm bzw. armutsgefährdet gelten. Im Jahr 2012 waren 64.000 Dresdnerinnen und Dresdner davon betroffen. Im Freistaat Sachsen liegt die Armutsgefährdungsschwelle bei einem monatlichen Haushaltseinkommen von 834 Euro für Einpersonenhaushalte und bei 1752 Euro für Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren. Damit ist jeder achte Dresdner arm bzw. armutsgefährdet. Schollbach: „Auch Menschen, die arbeiten gehen, sind aufgrund von Niedriglöhnen armutsgefährdet. Schlechte Bezahlung ist zudem ein großes Problem im Hinblick auf die spätere Rente.“

Stadträtin Pia Barkow, die für DIE LINKE im Sozialausschuss sitzt, sagt

dazu: „Die Bundesgesetze können wir im Dresdner Stadtrat nicht ändern, aber wir können durch Vergünstigungen und gezielte Angebote die negativen Auswirkungen zumindest ein wenig abfedern. Auch Menschen mit schmalem Geldbeutel müssen die Chance haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.“ So wurden von Rot-Grün-Rot im Stadtrat etwa Bibliotheksbeiträge für Kinder erlassen, das Sozialticket für Bus und Bahn eingeführt, ein millionenschweres Sozialpaket im städtischen Doppelhaushalt geschnürt und der „Dresden-Pass“ attraktiver gemacht.

26.000 Menschen nutzen „Dresden-Pass“

Der „Dresden-Pass“ ist eine freiwillige Leistung der Stadt Dresden für Einwohnerinnen und Einwohner mit geringem

Einkommen und Hauptwohnung in Dresden. Der Dresden-Pass berechtigt unter anderem zum kostengünstigeren Besuch von Kultureinrichtungen, Sportstätten und Bädern in Dresden sowie zum Erwerb des „Sozialtickets“ der Dresdner Verkehrsbetriebe. Anträge für den Dresden-Pass sind in den Bürgerbüros der Landeshauptstadt Dresden erhältlich sowie im Internet unter www.dresden.de/dresden-pass abrufbar. Eine weitere schriftliche Anfrage von André Schollbach ergab, dass in Dresden aktuell über 26.000 Menschen den „Dresden-Pass“ nutzen. Im Jahr 2000 waren es rund 10.500 Personen. „Einerseits funktioniert der Pass und wird gut angenommen. Andererseits verdeutlicht die Entwicklung auch, dass die Not groß ist und viele Menschen leider darauf angewiesen sind“, so der Fraktionsvorsitzende.

Ein Zimmer für die Kleinsten im Rathaus

von Pia Barkow

„Wie lange dauert das noch?“, „Wann können wir endlich gehen?“ Eltern von kleinen Kindern, die Behördengänge zu erledigen haben, sind diese Sätze sicherlich sehr vertraut. Es gibt für Kinder spannenderes als gemeinsam mit den Eltern in der Schlange für die Kindergeldbeantragung, die Kitagebührenbefreiung, den Sorgerechtsantrag im Rathausflur zu sitzen. Und gerade bei diesen Anträgen sind die Schlangen oft lang und die Wartezeiten entsprechend auch.

Um den Besuch im Rathaus auch für die Kleinsten interessanter zu gestalten, gab es bereits in den Jahren 2008 bis 2014 ein Spielzimmer im Rathaus. Hier konnten Kinder unter Aufsicht malen, spielen, basteln und sich die Zeit vertreiben, bis die Eltern ihre Behördengänge erledigt hatten. Leider wurde das Angebot wieder eingestellt. Sehr bedauerlich, denn die Nachfrage von damals hat gezeigt, dass eine solche Möglichkeit gerne und dankbar angenommen wurde. Genau deshalb möchten wir diese Idee wieder aufgreifen und im Rathaus erneut ein Spielzimmer eröffnen.

Dresden ist eine kinderreiche Stadt: Etwa 90.000 Kinder leben in Dresden, davon sind etwa 35.000 unter 6 Jahre alt,



Foto: Christoph Aaron / pixelio.de

also 6,3% der Dresdner Bevölkerung. Dies ist der höchste Wert im Vergleich zu anderen Großstädten. Und seit Jahren steigen die Geburtenzahlen weiter.

Somit möchten wir einen Beitrag zur familienfreundlichen Stadt leisten und Eltern Behördengänge erleichtern und den Besuch von Stadtratssitzungen ermöglichen, auch wenn sie sich keinen Babysitter leisten können.

Unser Antrag sieht vor, dass dieses Angebot kostenlos während der üblichen Rathausöffnungszeiten sowie während den Stadtratssitzungen genutzt werden kann.

Sinfonischer Protest an Trumps Mauer in Mexiko

von Jacqueline Muth

Die Mauer zwischen den USA und Mexiko war eine Wahlkampfparole Donald Trumps – inzwischen steht ihre Umsetzung infrage.

Dennoch blieb die Parole nicht ohne Wirkung. Und sowohl in Amerika wie auch in Europa existieren Mauern längst in den Köpfen und in der Realität. Sei es die Umzäunung der Festung Europa oder das Wünschen nach einer nationalistischen Kleinstaaterei, das um sich greift.

Jeder Protest gegen die Kleingeistigkeit solcher Parolen ist wünschens- und unterstützenswert. Ein nennenswertes Beispiel ist hier ein Projekt der Dresdner Sinfoniker. Sie sorgten bereits mit „Aghet“ zum Aufruhr in der Türkei – einem Programm, das an den Völkermord an den Armeniern vor über 100 Jahren erinnern sollte. Das hat Erdogan nicht gefallen und hat gleichzeitig eine – wenn auch kurze – Debatte zur Interpretationshoheit von historischen Ereignissen ausgelöst.

Aktuell zieht es die Musiker_innen an die Grenze zwischen Mittel- und Nordamerika. Auf Einladung lokaler Akteure planen die Dresdner Sin-

foniker ein öffentliches Konzert im Freundschaftspark, zwischen Tijuana und San Diego. Sie laden zugleich Künstler_innen verschiedener Genres beider Länder ein, sich an dem Happening zu beteiligen – entlang einer Grenze von 3200 Kilometern Länge. Der Titel des Projekts „Tear down this wall“ („Reißen Sie diese Mauer nieder“) bezieht sich dabei auf einen Ausspruch des einstigen US-Präsidenten Ronald Reagan, der mit diesen Worten gegenüber Gorbatschow am 3. Juni 1987 gegen die Berliner Mauer protestierte. An der Grenzlinie mag noch keine Mauer stehen. Doch bereits jetzt trennt hier ein engmaschiger Zaun Familien und Freunde.

Es ist unwahrscheinlich, dass – ob der politischen Brisanz – Stiftungen und öffentliche Stellen die Unternehmung fördern. Daher bitten die Künstler_innen die Öffentlichkeit um finanzielle Unterstützung in Höhe von 15.000 Euro. Auf der internationalen Crowdfunding-Plattform Kickstarter.de sind Einzelspenden von 10 Euro bis 1000 Euro noch bis zum 6. Mai möglich.

Das Konzert der Kulturschaffenden soll am **3. Juni 2017** stattfinden.

Ausschreibung

Wir suchen für die Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat zur Verstärkung unseres Teams ab dem 01. Juni 2017

eine/einen Mitarbeiter/in

in Teilzeit (20 Wochenstunden).

Zu Ihren Aufgaben gehören u.a.:

- Verwaltungsaufgaben der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- organisatorische und technische Begleitung von Veranstaltungen und Tagungen der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Dresden,
- administrative Unterstützung der Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Dresden

Von der Bewerberin/dem Bewerber erwarten wir:

- organisatorische Fähigkeiten
- Bereitschaft zum selbstständigen weisungsgebundenen Arbeiten
- einen kommunikativen und teamorientierten Arbeitsstil
- Interesse an Kommunalpolitik
- die Bereitschaft zu flexibler Arbeitszeitgestaltung, hohe Motivation und Eigeninitiative
- einen sicheren Umgang mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken
- Führerschein, Klasse B

Eine Identifikation mit den politischen Zielen der Fraktion DIE LINKE. wird vorausgesetzt.

Geboten werden:

- ein befristetes Beschäftigungsverhältnis für die Wahlperiode 2014 - 2019;
- eine Teilzeitstelle mit einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 20 Stunden
- Vergütung nach TVöD

Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat fördert aktiv die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern und ist bestrebt, den Frauenanteil in Funktionsebenen, in denen diese unterrepräsentiert sind, zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. Des Weiteren möchte die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat Interessentinnen und Interessenten mit Migrationshintergrund besonders zur Bewerbung ermutigen.

Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat sieht sich der Gleichstellung von schwerbehinderten und nicht schwerbehinderten Beschäftigten in besonderer Weise verpflichtet und begrüßt deshalb Bewerbungen schwerbehinderter Menschen. Schwerbehinderte Bewerber/innen werden nach Maßgabe des SGB IX bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den vollständigen Unterlagen richten Sie bitte per E-Mail bis spätestens 02. Mai 2017 (24:00 Uhr) an: linke-fraktion@dresden.de

Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat
Dr. Külz-Ring 19
01067 Dresden

Aus der Stadtratssitzung am 12. April 2017

Heute sollte der Stadtrat auf Wunsch der Grünen die zusätzliche Förderung des Sportkletterns in Dresden beschließen.

Tilo Kießling: *„Der Stadtrat sollte die ganze Stadt im Blick haben. Im Sportbereich heißt das, die gesellschaftliche Funktion des Sports zu stärken und nicht nach persönlichen Vorlieben einzelner sportbegeisterter Stadträte gehen. Wir haben vorgeschla-*



Sportförderung

gen, im Rahmen des Klettern Maßnahmen zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Integration zu stärken, sowie die Unterstützung anderer neuer olympischer Sportarten zu prüfen. Beides wurde unter anderem mit Stimmen der Grünen abgelehnt.“ ■

Das Stadtviertel am westlichen Elbhänge Gorbitz ist nicht nur schön und lebenswert, es ist auch bauhistorisch hochinteressant.

Was in vielen anderen deutschen Städten schon längst erkannt wurde, setzt sich im barockverliebten Dresden erst nach und nach durch: Exemplarische Bauten der Ostmoderne sind schützens- und erhaltenswert. Die



Gorbitz: schützenswert!

Initiative dafür hat RotGrünRot nun ergriffen und den Oberbürgermeister beauftragt, exemplarische Beispiele des „industriellen Wohnungsbaus“ im Bereich Gorbitz unter Denkmalschutz zu stellen und zu schauen, wie diese auch touristisch vermarktet werden können. ■

Was wird aus der Operette?

Seit dem Auszug der Staatsoperette, die nun im Kraftwerk Mitte ansässig ist, steht die städtische Liegenschaft leer. Nun können sich BürgerInnen an der Ideenfindung beteiligen, wie das Areal künftig genutzt wird.

von Jacqueline Muth

Die CDU schlägt eine privatwirtschaftliche Entwicklung vor, bei der die Fassade des Gebäudes erhalten bleiben könnte. Dazu soll eine Konzeptausarbeitung dienen, die außer dem Teilerhalt des Gebäudes auch eine Integration von kulturellen Angeboten in der Nutzung beauftragt. Haken an der Sache ist: ist die Liegenschaft einmal verkauft, gibt es keine Garantie für das Erreichen der städtischen Ziele. Es gibt zahlreiche Beispiele, bei denen zuerst Vereinbarungen zwischen Stadt und Käufer getroffen wurden und dann später Abstriche gemacht werden mussten. Nicht selten bleiben Immobilien lange Zeit brachliegend und verfallen zusehends. Ist das Gebäude dann nicht mehr zu retten, bleibt oft nur noch der Abriss. Oder der Käufer verkauft die Immobilie weiter, wodurch nicht selten die getroffenen vertraglichen Vereinbarungen hinfällig werden – wenn diese nicht im Grundbuch verankert werden. Hier nützt dann selbst ein Denkmalschutz nichts mehr. Die Stadt wäre durch einen Verkauf nicht mehr in der Lage, ihre stadtplanerischen Entwicklungsziele durchzusetzen zu können. Sie würde sich zum Bittsteller degradieren.

DIE LINKE Fraktion hat einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, der am 12. April in der Ratssitzung mit großer Mehrheit angenommen wurde (Beschluss zu A0300/17). In diesem werden mehrere Punkte verankert: Prüfung des Standorts zur Ansiedlung einer Schule, Erhalt als städtische Liegenschaft, Beteiligung der Leubener Bevölkerung an der Konzeptentwicklung zur Nachnutzung sowie die Prüfung möglicher Zwischennutzungen bis zum Erreichen des stadtplanerischen Ziels. Nur wenn das Grundstück in städtischer Hand bleibt, können sowohl Beteiligung als auch eine bedarfsgerechte Entwicklung des Standorts sichergestellt werden. Damit ist der bisherige Beschluss aus 2011 vom Tisch, nach welchem das Gebäude verkauft werden sollte (Unterpunkt von V1057/11).

Durch den Umzug der Staatsoperette sowie der Außenstelle der Volkshochschule ins Zentrum der Stadt wurde ein empfindliches Loch in die kulturelle Nahversorgung im Dresdner Osten gerissen. DIE LINKE steht dafür ein, dass statt einer Leuchtturmpolitik die strukturelle Nahversorgung aller Stadt-



Foto: Max Kretzschmar

teile gesichert ist – das gilt sowohl für Kulturangebote wie auch Raumangebote für kulturelle und andere gesellschaftliche Aktivitäten. Gleichzeitig besteht verantwortungsvolle Stadtentwicklung auch in tragfähigen Konzepten – das heißt, der Erhalt der Liegenschaft muss durch deren Nutzung auch finanziell gedeckt sein. Denkbar wäre hierbei sowohl ein Schulstandort, der die kulturelle Nutzung integriert durch Raumangebote. Denkbar wäre auch ein kommunaler Wohnstandort, der zugleich ein kulturelles Stadtteilzentrum beinhaltet. Mögliche weitere Nutzung-

sieiden können und sollten durch das rege Interesse der ansässigen Bevölkerung begleitet und angereichert werden.

Dieses Interesse ist nicht zuletzt deutlich geworden auf einer gut besuchten Anwohnerversammlung, zu der der Ortsverband Leuben der LINKEN eingeladen hatte.

Der derzeitige Gebäudezustand erfordert neben einem tragfähigen Konzept für den zukünftigen Betrieb auch eine umfassende Instandsetzung. Der bisherige Operettensaal war in den vergangenen zwei Jahren nur noch durch vorübergehende Duldung zu betreiben – Stichwort: Brandschutz (und einiges mehr). Die Nebengebäude sind möglicherweise noch vorübergehend in einer zeitlich begrenzten Zwischennutzung zu halten, müssen dann jedoch ebenfalls instandgesetzt werden. Für eine Zukunftsperspektive der Liegenschaft sind daher eine schnellstmögliche Wiederbelebung sowie ein tragfähiges Betriebskonzept notwendig – damit der Standort kulturell lebendig, nutzbar und intakt bleibt und nicht unnötig lange brachliegt und damit verfällt.

Es rappelt im Karton

Über den „Arbeitskampf“ der Honorarkräfte an öffentlich geförderten Musikschulen in Sachsen

von Kerstin Wagner, Maik Richter und Gabor Scheinplflug

Eigentlich ist es kein neues Thema: Menschen, die arbeiten gehen, wollen davon leben können, bei Krankheit versorgt sein und in der Rente ihren Lebensstandard halten. Alle Selbständigen, wie auf Honorarbasis beschäftigte MusikschullehrerInnen müssen sich selbst versichern, etwas für die Steuer und die Altersvorsorge zurücklegen. Das ist solange kein Problem, wie die Honorare angemessen hoch sind und ausreichende Stundendeputate angeboten werden oder die Honorartätigkeit als Nebentätigkeit ausgeübt wird. Durchschnittliche Jahreseinkünfte von 12.404 Euro (Bundesdurchschnitt, Brutto, siehe Umfrage der ver.di-Fachgruppe Musik von 2012) sind nicht gerade Indizien für eine existenzsichernde Beschäftigung.

Es kann gute Gründe geben, nebenberuflich als Honorarlehrkraft an einer Musikschule tätig zu sein. Überwiegend ist es jedoch der Mangel an sozialversicherungspflichtigen Stellen, der MusikpädagogInnen in die Selbständigkeit zwingt (siehe Umfrage der ver.di-Fachgruppe Musik).

Für diese Träger besteht der Nutzen dieser Beschäftigungsart in der Einsparung eines erheblichen Teils der Personalkosten und der Sozialversicherungsbeiträge. Aber: Ist das rechtens? Der Gesetzgeber hat genau formuliert, unter welchen Bedingungen es sich um echte Selbständigkeit, um eine arbeitnehmerähnliche Beschäftigung oder um Scheinselbständigkeit handelt. Eine arbeitnehmerähnliche Beschäftigung liegt vor, wenn mindestens die Hälfte des individuellen Einkommens

aus einer Quelle bezogen wird (bei Künstlern und Journalisten sogar nur 33 Prozent der persönlichen Gesamteinkünfte). Um die dadurch zu einem großen Teil vorliegende Abhängigkeit vom Auftraggeber auszugleichen, hat der Gesetzgeber minimale Standards wie Mindesturlaub festgelegt. Außerdem können für diese Personen über Gewerkschaften weitere soziale Absicherungen und verbesserte Arbeitsbedingungen im Rahmen von Tarifverträgen verhandelt werden. Dies sind z.B. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Kündigungsfristen, Verdienstausschluss bei Schwangerschaft, Unfallversicherung...

Während die Selbständigkeit also vor allem die Weisungsbefugnis des Auftraggebers einschränkt und die Gewinnorientierung der Freien betont, dient die Arbeitnehmerähnlichkeit einer arbeitsrechtlichen Absicherung von Personen, die wirtschaftlich abhängig vom Auftraggeber sind.

Im Musikschulalltag ist der Unterschied zwischen tariflich beschäftigten und „freien“ Lehrkräften weder für Eltern noch Schüler sichtbar, wird doch in jedem Fall der Unterricht durch qualifizierte KollegInnen erteilt. Allerdings ist regelmäßig nur die reine Unterricht-

stätigkeit Bestandteil des Honorarvertrages. Die für die Musikschule und Schüler ebenso wichtigen, sogenannten Zusammenhangstätigkeiten (z.B. Schülerbetreuung bei Konzerten oder Wettbewerben, Literatursichtung und -einrichtung) sind nicht Vertragsbestandteil. Bei den tariflich beschäftigten KollegInnen machen diese Zusammenhangstätigkeiten ca. 45% der offiziellen Arbeitszeit aus. Diese werden von vielen freien Lehrkräften quasi unentgeltlich und freiwillig geleistet. Allerdings kann sich dies im vollen Umfang aus betriebswirtschaftlicher Sicht kein „Freier“ leisten. Und so bleibt Einiges auf der Strecke. Zusätzliche Termine, z.B. für den nötigen fachlichen Austausch, können nur selten wahrgenommen werden.

Kommunen, die in ihren Musikschulen Lehrkräfte ausschließlich sozialversicherungspflichtig beschäftigen (z.B. Magdeburg, Karlsruhe, Dortmund) zeigen, dass diese Beschäftigung auf Honorarbasis eben keine Notwendigkeit ist. Immer häufiger fordern Honorarbeschäftigte ihre Rechte ein. Und immer häufiger erkennen Sozial- und Arbeitsgerichte diese Forderungen an, zuletzt das LSG NRW (Entscheidung vom 06.07.2016 - L 8 R 761/14)

Über Suchmaschinen können viele interessante Artikel zum Thema gefunden werden, Schlagwortempfehlungen sind: Arbeitnehmerähnlichkeit, Honorarverträge Goethe-Institut, Honorarkraft Musikschule.



Überwiegend ist es der Mangel an sozialversicherungspflichtigen Stellen, der MusikpädagogInnen in die Selbständigkeit zwingt. Foto: Corinna Dumat / pixelio.de

Wachstumsdynamik

Nachverdichtung darf nicht planlos, sondern muss behutsam und mit Rücksicht auf die Besiedlungsdichte, auf Stadtgrün und das Stadtklima verwirklicht werden.

von Tilo Wirtz

Eigentlich gibt es für Gemeinden nur zwei schwierige Zustände. Entweder sie schrumpfen, dann müssen brachfallende Nutzungen, Infrastrukturen und Immobilien abgewickelt oder die damit verbundenen Lasten auf weniger Schultern verteilt werden, was die Kosten für die Einzelnen erhöht. Oder die Gemeinden wachsen, dann konkurrieren mehr Menschen um Wohnraum und öffentliche Einrichtungen, was wiederum für die Einzelnen die Kosten steigen lässt und die Kommunen unter Handlungsdruck setzt, ihre Angebote wie beispielsweise Kitas, Schulen und Nahverkehr auszubauen. Steigern lässt sich das noch, wenn eine Stadt zunächst wächst, dann schrumpft um anschließend wieder zu wachsen, wie es Dresden gerade vormacht.

Beklagt wurden in dem Zusammenhang bisher innerstädtische Brachen, die ungenutzt waren. Deshalb gab es hinsichtlich der Stadtentwicklung eine grundsätzliche grobe Entscheidungshilfe, die Innenentwicklung wurde begrüßt und befördert, während die Entwicklung „auf der grünen Wiese“ wo möglich abgelehnt wurde. Auf diese Weise sollte die zunehmende Versiegelung und Zersiedelung des Umlandes um die Stadt durch zunehmenden Flächenverbrauch vor allem im sogenannten Speckgürtel ver- oder wenigstens behindert werden. Verbunden war dies mit dem Trend zur Reurbanisierung seit der Jahrtausend-



Hinterhof - hier passen noch ein paar Wohnungen hin?!

wende, als die Menschen die Stadt neu entdeckten und nicht mehr ein Häuschen im Grünen mit den Nachteilen langer Verkehrswege zur Arbeit oder zur Kinderbetreuung erkaufen wollten, sondern die Nähe zu Arbeit, Kultur und Versorgung schätzen lernten.

Mit dem zunehmenden Interesse am Immobilienmarkt in Dresden, befeuert durch die Wachstumsdynamik der Stadt und durch die niedrigen Leitzinsen, zeigten sich alsbald unschöne Nebenwirkungen in Form von steigenden Kosten für Immobilien und Mieten sowie die Verdrängung von Interimsnutzungen häufig durch start-ups und die Kreativwirtschaft, die dem Verwertungsdruck weichen mussten, wenn in alte Bürostandorte nach Sanierung zahlungskräftige Nutzer einzogen.

Neu ist im Zuge der sogenannten Nachverdichtung der Stadt nun der Trend, bestehende Wohnanlagen durch Bebauung der Grünflächen enger zu bebauen. Die Motivation ist klar. Die im Besitz der Bauherren befindlichen Grundstücke verursachen keine zusätzlichen Kosten und der Aufwand zur Pflege von Grünflächen verringert sich und wird auf mehr Bewohner verteilt. Da der Wohnungsmarkt derzeit allerdings nachfragegesteuert ist, verringern sich nicht die Kosten für die Einzelnen, sondern erhöhen sich die Gewinnspannen.

Die Nachverdichtung im Bestand ist nicht von vornherein schlecht. Allerdings besteht die reale Gefahr, dass sie im Wildwuchs von aggressiven Verwertungsinteressen über das Ziel hinausschießt. Nachverdichtung darf

nicht planlos, sondern muss behutsam und mit Rücksicht auf die Besiedlungsdichte, auf Stadtgrün und das Stadtklima verwirklicht werden. Dazu bedarf es der Beteiligung der Öffentlichkeit über die üblichen Planverfahren und einer Nachverdichtungsleitlinie, welche die Verwaltung zur rechtzeitigen Beteiligung der demokratisch legitimierten kommunalen Gremien verpflichtet.

Auf die Butterseite gefallen ist die Nachverdichtung inzwischen an der Grunaer Straße zwischen Mathildenstraße und Zirkusstraße. Im ersten 1951 errichteten Wiederaufbaukomplex nach der Zerstörung der Stadt sollen nun fünf von sechs hoftseitigen flächigen Grünflächen durch sehr kompakte und intensiv genutzte Baukörper zugebaut werden. Übrig bleiben eine größere Grünfläche im Zentrum der Wohnanlage, während sonst fast nur Grünstreifen übrig bleiben, welche noch mit Stellplätzen für PKW durchsetzt sind. Stilistisch wechseln sich dann lange riegelförmige Baukörper mit Punkthäusern ab, wobei die Punkte in Fünfeckform dann 45 mal 34 Meter oder 36 mal 27 Meter im Vergleich zur Länge auch eine große Bautiefe ausweisen. Sichtachsen sollen für den Betrachter den Eingriff unsichtbar machen, zwar können anschließend noch die Fassaden der bestehenden Bebauung angesehen werden, die erlebbaren und für die Stadt wirksamen Grünflächen gibt es dann mit einer Ausnahme allerdings nicht mehr.

Rettung für Straßenschule möglich

von Rica Gottwald

Es gibt immer mehr Menschen in Deutschland und erst recht weltweit betrachtet, die sich um ihre Zukunft extensiv Sorgen machen müssen. Immer mehr Menschen stehen am Rande der Gesellschaft. Viele halten diesem unsozialen Druck nicht stand, werden krank und steigen aus. Das ist in jedem Fall tragisch und nicht hinnehmbar, aber besonders dann nicht, wenn es in jungen Jahren passiert und Kinder und Jugendliche ihren sozialen Halt verlieren, von zu Hause ausreißen, obdachlos werden, Schule verweigern, drogenabhängig werden, jede Hilfe verweigern und Vertrauen zu allem und jedem verloren haben. Leider achten wir alle zu wenig auf unsere Mitmenschen oder wir verdrängen bewusst oder unbewusst, weil es zu viel Leid gibt und wir zu wenig Möglichkeiten der Hilfe sehen. Natürlich ist der Kapitalismus daran schuld und natürlich müssen wir ihn in Frage stellen, natürlich müssen wir an Visionen für eine gerechte Welt arbeiten und Wege dahin und vor allem Verbündete suchen. Aber bis dahin dürfen wir die Hilfsbedürftigen nicht alleine lassen, wir dürfen nicht zulassen, dass die Schwachen gegen die Schwächeren kämpfen.

Die Straßenschule am Albertplatz in der Dresdner Neustadt ist ein Projekt der Treberhilfe (e.V.) das sich um junge Menschen in „besonderen Lebenslagen“ kümmert. Solche Lebenslagen sind



André Schollbach und Rica Gottwald vor Ort in der Straßenschule Dresden, um dieses wichtige Projekt zu retten

Foto: privat

vielfältig und die Ursachen ganz unterschiedlich, frühe Schwangerschaft, gewalttätiges Elternhaus, Drogen, falsche Freunde, Obdachlosigkeit,... Nach Schätzungen leben in Deutschland ca. 20.000 junge Menschen „entkoppelt vom System“. Sie fallen aus Schule, Ausbildung und sozialen Einrichtungen heraus und fallen durch Risikoverhalten auf. In Dresden muss man von einer Zahl von etwa 800 solcher junger Menschen ausgehen. Diese jungen Menschen haben sich sehr oft schon selbst aufgegeben. Ihnen fehlt Selbstachtung und Hoffnung. Sie zu erreichen ist fast nicht mehr möglich und schon gar nicht mit Druck. Falls überhaupt, so kommt man an diese jungen Menschen nur mit viel Zeit und Verständnis heran. Sie

brauchen das Gefühl der Freiwilligkeit und des Vertrauens. Die Treberhilfe ist an diesen jungen Menschen ganz nah dran, räumlich und durch ihre unterschiedlichen niederschwelligen Angebote. Seit einigen Jahren führt die Straßenschule immer wieder Jugendliche zu einem Schulabschluss. Soziologen, Pädagogen, Sozialarbeiter (hauptamtlich) und viele ehrenamtliche Fachkräfte beraten, begleiten und arbeiten präventiv. In Einzelunterricht und in Kleingruppen wird gelernt, gearbeitet, gegessen, erzählt und zugehört und gefeiert. Ich habe die Straßenschule besucht und war begeistert von der Lernlust, dem Arbeits-eifer, der Freundlichkeit der Lernenden und derer die lehren. Die Räume werden von der Vonovia mietfrei zur Verfügung

gestellt. Die Einrichtung ist einfach und zum großen Teil selbst gemacht. Die letzten drei Jahre wurde das Projekt zum großen Teil von der Aktion Mensch finanziert. Diese Förderung läuft nun zum 28. April aus. Anfang Mai beginnen die Prüfungen. Die jungen Menschen, die sich auf die Prüfungen vorbereiten, haben sich den Weg bis hierhin hart erkämpft. Bis jetzt weiß niemand, wie es weitergeht, welches Amt zuständig ist. Es werden im Jahr 100.000 Euro für Personal, Honorar, Aufwandsentschädigungen, Materialkosten benötigt. Überlassen wir die Jugendlichen wieder der Straße, sind wir alle schuld an dem persönlichen Leid dieser im Stich gelassenen und an daraus folgender Kriminalität. Eine Stadt, die 300.000 Euro für einen Skiweltcup locker bereitstellt, sollte diese 100.000 Euro für dieses wichtige Projekt doch leicht aufbringen.

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Max-Kretzschmar, Pia Barkow, Tilo Wirtz, Jacqueline Muth, Rica Gottwald, Kerstin Wagner | Fotos: pixelio.de, Tilo Wirtz
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei